

Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

04	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
10	Wirtschaftsbericht
11	Risikobericht
15	Prognosebericht
22	Sonstige Angaben

26	Bilanz zum 30. Juni 2010
28	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2010
30	Bericht des Réviseur d'Entreprises
31	Versicherung der gesetzlichen Verteter

34	Allgemeine Anmerkungen
34	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
34	Angaben zu Aktivposten
35	Angaben zu Passivposten
37	Angaben zu außerbilanziellen Posten
37	Sonderangaben

40	Mitglieder des Verwaltungsrats
40	Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr
40	Réviseur Spécial

Zwischenlagebericht

02-23

Zwischenabschluss

24-31

Anhang

32-37

Gremien

38-41

04 **1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen**

04 1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

04 1.2. Branchenspezifische Rahmenbedingungen

05 1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Geschäftsbedingungen

10 **2. Wirtschaftsbericht**

10 2.1. Entwicklung der Ertragslage

10 2.2. Entwicklung der Vermögenslage

11 2.3. Entwicklung der Finanzlage

11 **3. Risikobericht**

11 3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben

11 3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten

15 **4. Prognosebericht**

15 4.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

15 4.2. Branchenspezifische Lage

16 4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Lage

22 **5. Sonstige Angaben**

Zwischenlagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Das erste Halbjahr 2010 war aus gesamtwirtschaftlicher Sicht besonders durch die Zuspitzung und den Umgang mit der Schuldenkrise Griechenlands geprägt. Infolgedessen stellten die Finanzmärkte auch die Bonität weiterer Länder der Eurozone – insbesondere Spaniens, Irlands, Italiens und Portugals – infrage. Eine gewisse Beruhigung ergab sich erst nach massiven Interventionen sowohl der Europäischen Zentralbank, die erstmals aktiv in die Märkte für Staatspapiere eingriff, als auch der Regierungen der Europäischen Union. Diese beschlossen zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds einen „Rettungsschirm“ in Form von Bürgschaften für Staatspapiere der Länder der Eurozone. Bislang waren diese Bemühungen insoweit von Erfolg gekrönt, als die geplanten Neuemissionen von Staatspapieren auf den Märkten abzusetzen waren – nach wie vor allerdings mit deutlichen, wenn auch inzwischen wieder etwas moderateren Zinsaufschlägen gegenüber den Papieren anderer Euroländer.

Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zur weiteren Beruhigung der Finanzmärkte zeigt auch die Heterogenität der nationalen Entwicklungen vor dem Hintergrund einer sich wieder erholenden Weltwirtschaft. Nach den massiven Einbrüchen im Jahr 2009 befinden sich alle größeren Volkswirtschaften im ersten Halbjahr 2010 wieder auf einem Wachstumskurs. Allerdings genügt dieses Wachstum vor allem in Europa nicht, um wieder das Niveau der Wertschöpfung vor der Krise erreichen zu können.

Auch die Arbeitsmärkte reagierten national sehr unterschiedlich auf die Krise. Während in den USA im ersten Halbjahr 2010 die Arbeitslosenquote auf außergewöhnlich hohen Werten knapp unter der 10 %-Marke verharrte, konnte in Deutschland im gleichen Zeitraum die in der Krise überraschend wenig gestiegene Arbeitslosigkeit sogar leicht gesenkt werden.

In Deutschland folgt die Entwicklung derzeit dem aus früheren Zyklen bekannten Muster einer exportgetriebenen Erholung. Hingegen gingen während des ersten Quartals 2010, für das Daten vorliegen, der private Konsum und auch die Investitionsnachfrage gegenüber 2009

noch einmal leicht zurück. Dies trifft auch für die Bauinvestitionen zu, was die nach wie vor schwierigen Bedingungen auf den Immobilienmärkten reflektiert.

Die Probleme in Griechenland führten zu einem gewissen Vertrauensverlust der internationalen Investoren in den Euro und dessen Rolle als stabile Weltwährung. In der Folge wertete der Euro gegenüber allen wichtigen Währungen deutlich ab, bis zu einem Tiefststand am 8. Juni von knapp unter 1,20 Dollar je Euro (zum Stichtag 30. Juni 2010 bei ca. 1,22 Dollar), von dem aus mittlerweile jedoch wieder eine leichte Erholung einsetzte.

1.2. Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche Die Ertragsentwicklung in der Bankbranche lässt bislang keinen einheitlichen Trend erkennen. Während Investmentbanken teilweise bereits gute Erträge erwirtschaften, setzt die Erholung für die restliche Bankbranche verhaltener ein. Insbesondere klassische Kreditinstitute müssen weiterhin ihre Portfolios um leistungsgestörte Finanzierungen und risikobehaftete Vermögenswerte bereinigen. Dies erfolgt durch intensivere Restrukturierungsbemühungen wie zum Beispiel die Gründung von Abwicklungsanstalten, die problematische Vermögenswerte entlasten, oder durch den Verkauf nicht-strategischer Vermögenswerte. Im ersten Halbjahr mussten Banken für ihre Staatsanleihen-Portfolios von im Fokus stehenden Ländern aufgrund der erwähnten Markturbulenzen zusätzliche Sicherheiten stellen.

Finanzierung des öffentlichen Sektors Die Griechenland-Krise hat in den letzten Monaten die Sensibilität der Finanzmärkte für finanzpolitische Risiken geschärft. Die Finanzmärkte bewerteten in der Folge die konkreten Haushalts- und Budgetzahlen der einzelnen Volkswirtschaften, wodurch die finanzpolitischen Risiken weiterer Staaten in den Fokus rückten. Diese erhöhte Aufmerksamkeit vor allem in Europa hat alle Volkswirtschaften (nicht nur die durch ein hohes Staatsdefizit in den Fokus geratenen Staaten) dazu veranlasst, detaillierte und glaubwürdige Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu definieren und zu kommunizieren. Ein besonderer Fokus liegt auf Spanien, aufgrund der Größe seiner Volkswirtschaft. Infolgedessen hat die spanische

Regierung zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt und eine Arbeitsmarktreform eingeleitet. Frankreich und Großbritannien haben ebenfalls Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen. Der britische Nothaushalt wurde generell positiv aufgenommen, hat aber nicht unerhebliche Umsetzungsrisiken. Frankreich hat sich ebenfalls ambitionierte Konsolidierungsmaßnahmen auferlegt, um ein Ansteigen der Verschuldungsquote zu stoppen und so sein AAA-Rating nicht zu gefährden. Viele der am schwersten getroffenen Volkswirtschaften bleiben von internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten und sind auf multilaterale Finanzierung (Internationaler Währungsfonds, Finanzausgaben der EU) angewiesen. Es wird in zweierlei Hinsicht entscheidend sein, die finanzpolitischen Ziele zu erfüllen: Zur Sicherung der Liquidität und der Bonität. Unruhige Märkte haben dazu geführt, dass Kunden aus Ländern im Fokus (zum Beispiel Spanien) versucht haben, ihren Finanzierungsbedarf für das Jahr 2010 abzudecken, und damit schneller und mit größeren Beträgen an den Markt gegangen sind.

Die Märkte für gedeckte Schuldverschreibungen sind (im Vergleich zu den Margen-Entwicklungen bei Staatsanleihen) relativ stabil geblieben. Auch vor dem Hintergrund von Zentralbankkäufen zur Stützung der Märkte haben sich die gesamten Emissionsvolumina positiv entwickelt (höher als in den Vorjahren), da öffentliche Papiere mit besserem Rating und andere konservative Anlageformen (insbesondere Pfandbriefe) im gegenwärtigen Umfeld für ein breiteres Investorenspektrum attraktiv werden. Aufgrund der volatilen Märkte bei Staatsanleihen sind auch Banken, die Staatspapier-Portfolios auf der Bilanz haben, entsprechend unter Druck geraten.

Refinanzierungsmärkte Die Refinanzierungsmärkte haben sich in den ersten Monaten des Jahres 2010 weiter stabilisiert. Zu Beginn des Jahres war der Markt durch einige erfolgreiche Benchmark-Transaktionen in den unterschiedlichsten Bereichen gekennzeichnet. Vor allem gedeckte Schuldverschreibungen und insbesondere Pfandbriefe konnten erfolgreich platziert werden. Auch kleinere Privatplatzierungen haben stattgefunden.

Mit dem Beginn der Griechenland-Krise innerhalb der Europäischen Union im Mai 2010 und den hohen Volatilitäten in Staatsanleihen hat die Emissionstätigkeit stark abgenommen. Benchmark-Transaktionen konnten jedoch vereinzelt weiterhin platziert werden. Die Aktivi-

tät an den Privatplatzierungsmärkten als auch die Kreditvergabe am Interbankenmarkt wurden in einzelnen Phasen stark reduziert.

Die Stabilisierungsmaßnahmen der EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen haben die Märkte teilweise beruhigt, die Volatilitäten sind jedoch immer noch sehr hoch. Gleichzeitig sind die langfristigen Zinssätze auf historisch niedrige Werte gefallen und verharren seit Mai 2010 auf niedrigem Niveau.

1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Geschäftsbedingungen

1.3.1. Rahmenbedingungen des Hypo Real Estate Konzerns (HRE)

Liquiditätssichernde Maßnahmen Der Liquiditätsgarantierahmen, der der HRE zur Verfügung steht, betrug per Ende Juni 2010 insgesamt 102 Mrd. €. Dieser Wert berücksichtigt die planmäßige, vertraglich geregelte Rückführung eines Teils der Liquiditätsgarantien seit dem 31. Dezember 2009 um 3 Mrd. € sowie ein am 28. Mai 2010 aufgrund der aktuellen Situation an den Finanzmärkten neu gewährter Liquiditätsgarantierahmen des SoFFin in Höhe von 10 Mrd. €. Hier wirkten sich neben Zins- und Wechselkursschwankungen insbesondere zwei Einflussfaktoren aus: Zum einen kürzten Zentralbanken bisher zur Verfügung gestellte Refinanzierungsmöglichkeiten, zum anderen mussten zusätzliche Sicherheiten für Staatsanleihen der aktuell im Fokus stehenden europäischen Staaten hinterlegt werden.

Den ursprünglich Ende Juni 2010 auslaufenden Teil des Liquiditätsgarantierahmens für die HRE in Höhe von 52 Mrd. € hat der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) am 24. Juni 2010 bis zum 25. Mai 2011 verlängert. Liquiditätsgarantierahmen in Höhe von 62 Mrd. € stehen der HRE damit bis Mai 2011 zur Verfügung, weitere Liquiditätsgarantierahmen in Höhe von 40 Mrd. € bis Dezember 2010.

Für alle Liquiditätsgarantien, die die HRE vom SoFFin erhalten hat, gelten die gleichen Konditionen: Die Deutsche Pfandbriefbank AG zahlt an den SoFFin eine zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1 % p. a. auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für ausgestellte Garantien fällt eine Provision in Höhe von 0,5 % p. a. an.

Rekapitalisierungsmaßnahmen Als weiteren Schritt zur Rekapitalisierung hat die HRE am 30. April 2010 vom SoFFin die Zusage für die nächsten Rekapitalisierungstranchen von bis zu 1,85 Mrd. € erhalten. Das Kapital soll in mindestens zwei Tranchen nach Bedarf in die Kapitalrücklage der HRE Holding eingezahlt werden. Die Kapitalmaßnahme bedarf noch der endgültigen Zustimmung der EU-Kommission. In einer ersten Tranche wurden am 20. Mai 2010 1,4 Mrd. € in die Kapitalrücklage der HRE Holding eingezahlt. Die Kapitalerhöhung dient primär zur Erfüllung der Mindestkapitalquoten der DEPPFA Bank plc. Die HRE Holding hat im ersten Halbjahr 2010 das Eigenkapital der DEPPFA Bank plc um 550 Mio. € erhöht, im Juli 2010 um weitere 200 Mio. €. Insgesamt hat die HRE im Jahr 2009 und im ersten Halbjahr 2010 damit 7,42 Mrd. € Kapital vom SoFFin erhalten. Darüber hinaus hat der SoFFin zugesagt, weitere 450 Mio. € nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die HRE geht weiterhin von einem Kapitalbedarf von 10 Mrd. € aus. Über die abschließende Rekapitalisierung will der SoFFin nach Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens und der Einrichtung einer Abwicklungsanstalt für nicht-strategische oder Not leidende Vermögenswerte der Gesellschaften der HRE entscheiden.

Restrukturierungsmaßnahmen Im Fokus der Restrukturierung der HRE steht im Jahr 2010 hauptsächlich die Verlagerung nicht-strategischer Vermögenswerte in eine Abwicklungsanstalt. Weitere Maßnahmen sind die fortgesetzte Reduzierung der Standorte gemäß Restrukturierungsplan, die Umsetzung einer vereinheitlichten IT-Plattform sowie die Einführung eines neuen Mitarbeitervergütungsmodells.

Die HRE hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögensgegenständen gestellt. Die FMSA hat am 8. Juli 2010 eine Abwicklungsanstalt unter dem Namen „FMS Wertmanagement AöR“ gegründet, auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Unternehmen der HRE übertragen werden sollen. Mit der Errichtung dieser Abwicklungsanstalt wird das Ziel verfolgt, die Bilanzen der Konzernunternehmen von nicht-strategischen sowie risikobehafteten Portfolios zu befreien und die Gruppe weiter zu stabilisieren. Daneben erfolgt eine klare Trennung der strategischen Kernbank Deutsche Pfandbriefbank AG und den nicht-strategischen Unternehmensteilen. Diese Trennung soll der Deutschen Pfandbriefbank

Liquiditätsunterstützungsmaßnahmen für die HRE				
Art der Unterstützungsmaßnahme	Datum der Gewährung	Fälligkeit unter Berücksichtigung von Prolongationen	Ursprünglicher Nominalbetrag in Mrd. €	Nominalbetrag zum 30.06.2010
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen	18.11.2009	25.05.2011 ¹	52,0	52,0
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen	23.12.2009	22.12.2010 ²	23,0	20,0
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen	30.12.2009	22.12.2010	20,0	20,0
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen	28.05.2010	25.05.2011	10,0	10,0
Summe der Liquiditätsunterstützung				102,0

¹ Verlängerung am 24. Juni 2010

² Gemäß § 5 (1) der Anleihebedingungen sind zum 23.03./23.06./23.09.2010 Teilrückzahlungen von jeweils 1,5 Mrd. € vorzunehmen.

AG den eigenständigen Auftritt an den Märkten erleichtern und eine höhere Kapitalmarktfähigkeit ermöglichen. Die Durchführung der Transaktion bedarf – ungeachtet der bereits erfolgten Errichtung der FMS Wertmanagement – noch der Genehmigung der FMSA und der EU-Wettbewerbskommission. Die Gesellschaften des Konzerns haben keinen Anspruch auf Übertragung von nicht-strategischen sowie risikobehafteten Portfolios auf die FMS Wertmanagement.

Die Übertragung an die FMS Wertmanagement soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd. € umfassen. Kredite, die nicht mehr im strategischen Fokus der Kernbank stehen, können so auch im Interesse der Kunden wertschonend weitergeführt werden. Es sollen Teile der Staatsfinanzierungs- und Immobilienfinanzierungs-Portfolios der DEPPFA Bank plc und der Deutschen Pfandbriefbank AG übertragen werden. Das Staatsfinanzierungs-Portfolio enthält Aktiva öffentlicher oder dem öffentlichen Sektor nahestehender Schuldner mit hoher Kreditqualität, aber derzeit niedrigerer Marktbewertung. Teile des Immobilienfinanzierungs-Portfolios werden von dem derzeit schwierigen Umfeld in diesem Segment belastet. Zusätzlich könnten Vermögenswerte anderer Konzerngesellschaften, insbesondere der DEPPFA ACS Bank, Dublin, der Hypo Pfandbriefbank International, Luxemburg, und der Hypo Public Finance Bank, Dublin, übergehen. Hinzukommen könnten ferner strukturierte Produkte und Handelspositionen, die mit erhöhten Ausfallrisiken behaftet sind und, sofern geboten, entsprechend wertberichtigt wurden beziehungsweise in das Handelsergebnis eingeflossen sind. Außerdem könnten Derivatepositionen, die vor allem Absicherungsgeschäfte darstellen und sowohl Aktiv- wie auch Passivpositionen absichern, auf die Abwicklungsanstalt übertragen werden. Es wird diskutiert, neben Aktiva auch ausgewählte Refinanzierungsmittel auf die FMS Wertmanagement zu übertragen. Eine Übertragung von unbesicherten Refinanzierungen beziehungsweise Pfandbriefen oder anderen gedeckten Schuldverschreibungen von Konzerngesellschaften zur Refinanzierung ist nicht vorgesehen. Das Konzept sieht vor, dass die Konzerngesellschaften die Portfolios betreuen und weitere Dienstleistungen für die FMS Wertmanagement erbringen. Parallel sollen die erforderliche IT-Infrastruktur und Separierung der Prozesse etabliert werden.

Im ersten Halbjahr 2010 konnten mit Singapur und Nicosia zwei weitere nicht-strategische Standorte geschlossen werden sowie in Tokio bisher doppelte Bürostandorte an einem Standort konzentriert werden.

Das Business- und IT-Transformationsprogramm New Evolution konnte, wie geplant, Projekte im ersten Halbjahr erfolgreich in Produktion nehmen, so zum Beispiel ein konzernweit eingesetztes Credit-Limit-System, eine auf SAP basierende Personalverwaltungssoftware und die Umsetzung der durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Bilanzstatistik- und Zinsstatistik-Anforderungen.

Neues Vergütungssystem für Mitarbeiter Das regulatorische Umfeld und die sich daraus ergebenden Anforderungen für die Finanzindustrie im Vergütungsbe- reich haben auch im HRE Konzernverbund eine grund- legende Neukonzeption der bisherigen Vergütungs- systeme für die Mitarbeiter erforderlich gemacht. Bei der Neukonzeption stand die Ausrichtung an den neuen regulatorischen und rechtlichen Vorgaben sowie an den Anforderungen der Eigentümer neben der Harmoni- sierung der historisch begründeten heterogenen Vergü- tungsansätze in den HRE Konzerngesellschaften im Vordergrund. Alle maßgeblichen Gremien haben dem neuen Vergütungssystem zugestimmt. Die Umsetzung beginnt im zweiten Halbjahr 2010.

Ratings Im ersten Halbjahr 2010 und bis zum 3. August 2010 kam es im Hinblick auf die Bankratings und Ratings der Covered Bonds zu folgenden wesentlichen Handlungen:

Mit Umsetzung der neuen Standard & Poor's Rating- methodik für Covered Bonds, die unter anderem die Covered-Bond-Ratings an die Bankratings knüpft, wur- den im April 2010 die Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe, der DEPPFA ACS Bank für Asset Covered Securities sowie der Hypo Pfandbriefbank International für Lettres de Gage von jeweils AAA nach unten angepasst und befinden sich weiter unter Überprüfung. Im Juli 2010 hat Moody's den für die iri- schen Asset Covered Securities der DEPPFA ACS Bank bis dahin bestehenden Überprüfungsstatus aufgelöst und das Rating um eine Stufe von Aa2 auf Aa3 nach unten angepasst. Die aktuellen Ratingnoten der Covered Bonds im Konzern sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Überblick der Ratings der Konzerngesellschaften und Covered Bonds zum 3. August 2010

		Standard & Poor's ¹	Moody's	Fitch
Konzerngesellschaften	Langfristrating	BBB	A3	A-
Konzerngesellschaften	Kurzfristrating	A-2	P-1	F1+
Konzerngesellschaften	Ausblick	Überprüfung auf Ratingverbesserung	Negativ	Stabil
Öffentliche Pfandbriefe		AA+ ²	Aaa	AAA
Hypothekendarlehen		AA+ ³	Aa3	AA+ ³
Asset Covered Securities		AA ²	Aa3 ³	AAA
Lettres de Gage publiques		AA ³	-	-

¹ Für die HPBI und deren Lettres de Gage werden nur von Standard & Poor's Ratingnoten vergeben.

² Credit Watch Developing (Überprüfung mit ambivalenter Tendenz)

³ Credit Watch Negative (Überprüfung auf Herabstufung)

Personalia Der Aufsichtsrat der HRE Holding hat am 10. November 2009 Dr. Bernhard Scholz mit Wirkung zum 1. Januar 2010 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Er verantwortet den Geschäftsbereich Real Estate Finance und seit dem 19. Juli 2010 zusätzlich den Geschäftsbereich Public Sector Finance. Die Konditionen des auf fünf Jahre abgeschlossenen Dienstvertrages (1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2014) sind vergleichbar mit denen der übrigen Vorstandsmitglieder.

Dr. Axel Wieandt hat dem Aufsichtsrat der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG in der gemeinsamen Aufsichtsratssitzung vom 25. März 2010 den Rücktritt von seinen Ämtern im HRE Konzernverbund angeboten. Dieses Angebot haben die Aufsichtsräte in derselben Sitzung angenommen. Dr. Axel Wieandt hat ferner sein Mandat als Non-Executive Director der DEPFA Bank plc mit Wirkung vom 25. März 2010 niedergelegt. Das Dienstverhältnis mit der HRE Holding endete durch Aufhebungsvertrag vom 21. April 2010 mit Wirkung zum 30. April 2010. Anlässlich der Beendigung des Vorstandsmandats sowie der Auflösung des Dienstverhältnisses hat Dr. Axel Wieandt seine für den Zeitraum 1. Januar 2009 bis 31. März 2009 verdienten, ihm aus dem Dienstvertrag vom 17. Oktober 2008 zeitanteilig garantierten Bonusansprüche in Höhe von 375.000,00 € erhalten. Eine Abfindung wurde nicht bezahlt.

Am 25. März 2010 hat der Aufsichtsrat Manuela Better interimistisch mit der Funktion der Vorstandsvorsitzenden der HRE Holding und der Deutschen Pfandbrief-

bank AG betraut. Zusätzlich übt sie weiterhin ihre Aufgabe als Chief Risk Officer aus. Darüber hinaus nimmt Sie das Amt des Chairman im Board of Directors der DEPFA Bank plc wahr.

1.3.2. Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen Die HPBI reagierte auf die anhaltend herausfordernden Bedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten, die Unsicherheit über die Zukunft der HRE und eng damit verbunden auch der HPBI mit weiter anhaltender Zurückhaltung im Kreditneugeschäft und in der Emissionstätigkeit.

Das Hauptaugenmerk der Bank lag auch im ersten Halbjahr 2010 auf der jederzeitigen Sicherstellung der Liquidität. Aufgrund der hohen Qualität des Anlagebestandes war die Bank in der Lage, einen großen Teil ihres Liquiditätsbedarfs im Rahmen von Pensions- und Tendersgeschäften sicherzustellen.

Den negativen Implikationen der Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die HRE konnte sich die HPBI aufgrund ihrer engen Einbindung in die Gruppe nicht entziehen. Der Zugang zur unbesicherten Geldaufnahme gestaltete sich auch im ersten Halbjahr 2010 weiterhin schwierig. Aufgrund der guten Qualität der Vermögenswerte konnte das Tendersgeschäft mit der Zentralbank stärker in Anspruch genommen und dadurch ein Großteil der Refinanzierung sichergestellt werden.

Das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin für den HRE Konzern (wie in Punkt 1.3.1. im Abschnitt „Liquiditätssichernde Maßnahmen“ beschrieben) wurde im ersten Halbjahr 2010 weiterhin indirekt über die DEPPFA Bank plc bzw. die Deutsche Pfandbriefbank AG von der HPBI in Anspruch genommen.

Rating der öffentlichen Pfandbriefe Durch die Anwendung der neuen Ratingmethodik durch Standard & Poor's, die unter anderem neue Schwerpunkte auf die Steuerung des Fälligkeitsprofils sowie auf eine Verknüpfung des Pfandbriefratings mit dem Bankrating legt, wurde die Ratingeinstufung der öffentlichen Pfandbriefe (Lettres de Gage publiques) der HPBI trotz unveränderter Kreditqualität im Deckungsstock am 16. April 2010 auf AA mit negativem Ausblick gesenkt. Diese Ratingeinstufung war nach der neuen Systematik die bestmögliche erreichbare Ratingeinstufung für die öffentlichen Pfandbriefe der HPBI.

Das Langfrustrating für die HPBI liegt zusammen mit allen anderen Einheiten der HRE seit dem 1. April 2009 bei BBB mit Ausblick „Überprüfung auf Ratingverbesserung“. Das Kurzfrustrating liegt seit dem 1. April 2009 bei A-2 mit Ausblick „Überprüfung auf Ratingverbesserung“.

Gesellschaftsrechtliche Veränderungen Die DEPPFA Bank plc als einziger Aktionär der HPBI hat die zum 31. Mai 2010 ausgelaufene umfassende Garantie nicht verlängert, alle vor dem 31. Mai 2010 getätigten Emissionen profitieren jedoch weiterhin von der Garantie.

Der Verwaltungsrat der HPBI hat im ersten Halbjahr 2010 in mehreren Sitzungen und Umlaufbeschlüssen, gemäß der Satzung und Geschäftsordnung der Bank, berichtspflichtige Vorgänge beraten und dazu Entscheidungen getroffen. Hierbei waren nicht nur die Verabschiedung des Jahresabschlusses 2009, sondern auch der Fortbestand der Bank, ihre strategischen Perspektiven sowie die Veräußerung von nicht-strategischen Vermögenswerten Hauptthemen.

Frau Daniela Obermeier ist am 12. Mai 2010 aus der Geschäftsleitung der HPBI ausgeschieden.

Herr Hagen Schmidt hat seine Ämter als Mitglied des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung der HPBI zum 30. Juni 2010 niedergelegt.

Herr Dr. Matthias Achilles wurde am 31. März 2010 in den Verwaltungsrat berufen. Am 13. Mai hat er seine Tätigkeit als Mitglied der Geschäftsführung der HPBI aufgenommen.

Die Geschäftsführung hat zu jeder Zeit die lokalen Aufsichtsbehörden (Commission de Surveillance du Secteur Financier, CSSF und Banque Centrale du Luxembourg, BCL) sowie die externen Prüfer und Treuhänder über die Entwicklungen im Konzern und in der Bank umfassend und zeitnah informiert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklung der Ertragslage

Die Ergebnisentwicklung im Berichtszeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2010 war einerseits geprägt von den rückläufigen Beständen im Kerngeschäft und den erhöhten Liquiditätskosten der Refinanzierung andererseits. Aufgrund dessen lag das Ergebnis nach Steuern in Höhe von 2,2 Mio. € um 5,5 Mio. € unter dem Ergebnis der Vorjahresperiode (7,7 Mio. €).

Der Zinsüberschuss nahm im Vorjahresvergleich um 5,7 Mio. € ab, da die außerordentliche Ertragssituation im Geldmarktgeschäft während des Vorjahreszeitraumes im Berichtszeitraum nicht mehr gegeben war.

Das Provisionsergebnis verschlechterte sich um 1,2 Mio. € auf -1,6 Mio. €. Hier schlugen sich die Gebühren für die Finanzierungsfazilitäten durch den Soffin in Höhe von 1,4 Mio. € aufwandswirksam nieder.

Der Verwaltungsaufwand stieg geringfügig auf 2,0 Mio. €. Während die Personalaufwendungen erneut um 6,4 % reduziert werden konnten, entwickelten sich die sonstigen Verwaltungsaufwendungen – insbesondere für Beratungsleistungen im Rahmen der Restrukturierungsprojekte – gegenläufig. Die Cost-Income-Ratio lag im Berichtszeitraum bei 34,1 % (30. Juni 2009: 17,1 %).

Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform		30.06.2010	30.06.2009
in Tsd €			
Zinsüberschuss		5.650	11.305
Provisionsergebnis		-1.644	-418
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		300	144
Personalaufwand	-646		-690
Andere Verwaltungsaufwendungen	-1.322		-1.183
Abschreibungen auf Sachanlagen	-61		-78
Verwaltungsaufwand		-2.029	-1.951
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen		186	685
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge		2.463	9.765
Kursgewinne/Verluste aus Anlagebestand		2	-5
Risikovorsorge		–	-500
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge		2.465	9.260
Steuern		-314	-1.567
Ergebnis der Berichtsperiode		2.151	7.693

2.2. Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der HPBI belief sich zum 30. Juni 2010 auf 7.843 Mio. €, nach 8.054 Mio. € zum 31. Dezember 2009.

Der Forderungsbestand einschließlich Wertpapiere beträgt 6.935 Mio. €. Das entspricht gegenüber 31. Dezember 2009 (7.091 Mio. €) einem Rückgang um 2,2 %.

Im Berichtszeitraum hat die Bank keine Wertpapiere oder Schuldverschreibungen erworben beziehungsweise veräußert. Derivative Finanzinstrumente werden grundsätzlich zur Absicherung gegen Risiken aus Marktveränderungen eingesetzt.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet und werden dort nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Wertberichtigungen wegen vor-

aussichtlich dauerhaften Wertminderungen mussten nicht vorgenommen werden.

2.3. Entwicklung der Finanzlage

Die Refinanzierungsmittel betragen 7.532 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahresende (7.725 Mio. €) entspricht dies einer weiteren Reduzierung von 2,5 %.

Im ersten Halbjahr 2010 haben Namenspfandbriefe (Lettres de Gage) in Höhe von 115,5 Mio. € nominal valuiert. Pfandbriefe über nominal 761,8 Mio. € (Vorjahresperiode 1.390 Mio. €) waren endfällig. Im Berichtszeitraum wurden keine öffentlichen Pfandbriefe zurückgekauft und aufgelöst.

Das bilanzielle Eigenkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 125,9 Mio. € nach 123,8 Mio. € zum Vorjahresende.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen Die HPBI weist auch bankenaufsichtsrechtlich zum 30. Juni 2010 eine solide Eigenkapitalausstattung auf. Das haftende Eigenkapital erhöhte sich von 155,6 Mio. € zum 31. Dezember 2009 auf 159,5 Mio. €. Die Eigenmittelquote (Minimum 8 %) liegt zur Jahresmitte 2010 bei 15,7 %; die Kernkapitalquote beträgt 12,4 %.

Liquidität Die HPBI hat jederzeit die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Liquiditätsgrundsätze eingehalten. Die Kennzahl setzt die als flüssig deklarierten Aktiva ins Verhältnis zu den fälligen Verbindlichkeiten. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn die fälligen Verbindlichkeiten zu mindestens 30 % durch liquide Aktiva gedeckt sind. Für die Bank belief sich dieser Wert zum Stichtag auf 50,7 % (Vorjahr 47,3 %).

3. Risikobericht

3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben

Die HPBI ist als Mitglied der HRE in die Methoden/Vorgehensweisen der Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management der Gruppe integriert. Im Rahmen dieser Vorgaben und der lokalen Vorschriften überwacht das Risikocontrolling der Bank die Risiken. Die Einheit berichtet direkt an das für die Marktfolge zuständige Mitglied in der Geschäftsleitung und hat folgende Kernaufgaben:

- tägliche Risikomessung und -überwachung der Markt-, Kredit-, Kontrahenten-, FX- und Liquiditätsrisiken (im wesentlichen auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes),
- tägliche Ermittlung des wirtschaftlichen Ergebnisses,
- unabhängige Kontrolle der zur Risiko- und Ergebnismessung verwendeten Parameter,
- Implementierung der vom zentralen Risikocontrolling vorgegebenen Steuerungskonzepte (insbesondere ICAAP).

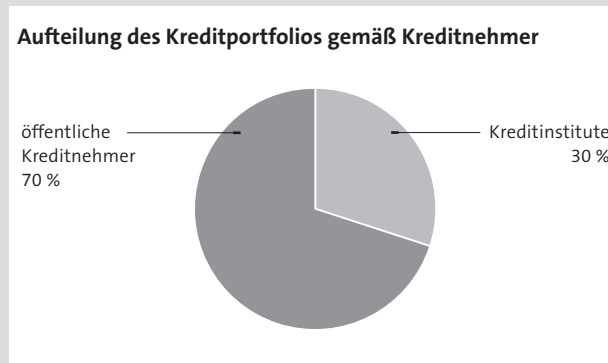
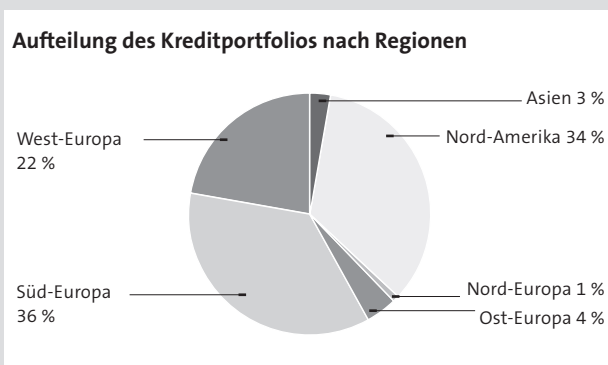
Zur Überwachung und Steuerung der Einzelrisiken hat die Bank entsprechende Berichtswege und Steuerungsmaßnahmen eingerichtet, durch die nicht nur die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat der Bank, sondern auch andere Ebenen in der HRE unterrichtet werden.

3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten in der HPBI

3.2.1. Adressrisiken Adressrisiken lassen sich in Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiken untergliedern und bezeichnen jeweils den potenziellen Wertverlust, der durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden im Kreditgeschäft, von Emittenten von Schuldscheindarlehen und Wertpapieren sowie von Kontrahenten von Geldhandels-, Wertpapier- und Derivategeschäften entstehen kann.

Die Kreditrisiken entfallen fast ausschließlich auf öffentliche Kreditnehmer und Banken in OECD-Mitgliedsstaaten. Die Auslastung sämtlicher Kreditlinien steht für jeden einzelnen Kontrahenten und auch aggregiert online auf Marktwertbasis zur Verfügung.

Die Aufteilung des Kreditportfolios stellt sich zum 30. Juni 2010 wie folgt dar:



Bei den organisatorischen Maßnahmen und der funktionalen Trennung der Kreditprozesse wird nicht nur die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Luxemburg sichergestellt, sondern die Bank orientiert sich als Mitglied der HRE auch an den deutschen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Als Kontrahentenrisiken werden mögliche Wertverluste von zins- und fremdwährungsbezogenen Derivate- und Termingeschäften bezeichnet. Diese Geschäfte werden weitaus überwiegend zur Sicherung von Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung abgeschlossen. Als Maßstab für das Kontrahentenrisiko wird konzernweit ein auf der Marktbewertungsmethode basierender Value-at-Risk-Ansatz verwendet, der auf potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten abstellt. Die Kontrahentenrisiken im Derivate-, Wertpapier- und Geldhandelsgeschäft außerhalb der Gruppe bestehen mit

Kreditinstituten, Zentralbanken und supranationalen Einrichtungen, deren Bonität sowohl nach dem Urteil externer Ratingagenturen als auch gemäß intern verwendeter Ratingverfahren als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen ist. Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kontrahentenrisikos verwendet die Bank Rahmenverträge mit ihren Geschäftspartnern, die es ermöglichen, die vom Rahmenvertrag erfassten Kontrakte zu einer Nettoforderung zu verrechnen, wenn der Kontrahent seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (sogenanntes Close-Out-Netting). Zur zusätzlichen Risikoreduktion werden ggf. Sicherheitsvereinbarungen abgeschlossen, die zur Kündigung von Transaktionen führen können, falls der Kontrahent einer Aufforderung zur Sicherheitenstellung nicht nachkommt.

Als Länderrisiko bezeichnet die HRE das Risiko möglicher Transfer- und Konvertierungsprobleme bei Vertragspartnern mit Sitz im Ausland. Das Risiko besteht darin, dass ein grundsätzlich zahlungsfähiger und -williger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, weil er wegen staatlicher Maßnahmen nicht in der Lage ist, Devisen zu beschaffen oder Vermögenswerte an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen. Die laufende Überwachung der Länderrisiken erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Steuerung der Länderrisiken durch das Kreditrisikomanagement erfolgt auf Basis von Länderlimiten. In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens der HRE werden

- jedem einzelnen Land und
- Gruppen von Ländern in bestimmten Ratingkorridoren

Limite zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr vom Risk Management Committee der HRE überprüft. Zusätzlich werden die internen Risikoeinschätzungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten Ratingagenturen verglichen.

3.2.2. Marktrisiko Unter Marktrisiko versteht man den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Preisen an den Finanzmärkten entstehen kann – aufgrund veränderter Marktrisikofaktoren (insbesondere Zinsen, Devisenkurse, Volatilitäten). Dabei werden bei allen Banken in der HRE das gesamte Kreditgeschäft, alle eigenen Emissionen, die Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsvorsorgebestandes sowie alle Geschäfte in Derivaten berücksichtigt.

Innerhalb der Zinsrisiken wird zwischen allgemeinen und speziellen Zinsrisiken (Credit Spread Risiken) unterschieden. Erstere messen die möglichen Barwertveränderungen der Positionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve (Swapkurve). Die Messung der Credit Spread Risiken berücksichtigt mögliche Barwertveränderungen, falls sich die in den Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitätsaufschläge verändern.

Währungsrisiken werden bei der HPBI, wie in allen Banken der HRE, größtenteils kursgesichert und liegen somit nur in geringfügiger Höhe vor.

Für die tägliche Quantifizierung der Marktrisiken verwendet die HPBI Value-at-Risk-Ansätze. Diese ermitteln einen potenziellen Verlust unter der Annahme einer Haltedauer der Position von zehn Tagen und eines Konfidenzniveaus von 99 %. Der Betrachtungszeitraum für die historischen Daten beträgt 250 Handelstage. Der Value-at-Risk wird täglich von Risk Management & Control ermittelt und an die Geschäftsleitung, den Verwaltungsrat und die zuständigen Stellen in der HRE berichtet. Der Value-at-Risk belief sich für allgemeine Zinsrisiken zum 30. Juni 2010 auf 3,3 Mio. € (Ende 2009: 3,4 Mio. €); bei den allgemeinen Währungsrisiken auf 0,5 Mio. € (Ende 2009: 0,5 Mio. €).

Ergänzt werden die tägliche Ermittlung, die Limitierung und das Reporting des Value-at-Risk und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderungen durch regelmäßige Stress Tests. Während der Value-at-Risk das Marktrisiko bei „normalen“ Marktschwankungen misst, werden durch die Simulation von Stressszenarien auch die potenziellen Barwertveränderungen bei sehr extremen und außergewöhnlichen Marktbewegungen gemessen, um auch in diesen Fällen den Fortbestand des Unternehmens jederzeit gewährleisten zu können. Auch unter diesen Umständen bewegte sich das gemessene Marktrisiko im Rahmen der „normalen Limite“.

So sieht das CSSF-Rundschreiben 08/338 vom 19. Februar 2008 für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen luxemburgischen Rechts einen halbjährlich durchzuführenden Stresstest vor. Das anzuwendende Zinsszenario entspricht einem Anstieg und einem Rückgang aller Zinssätze um 200 Basispunkte. Für die HPBI beträgt zum 30. Juni 2010 die potenzielle Barwertänderung für

allgemeine Zinsrisiken bei dem genannten Zinsanstieg -19,7 Mio. € und bei einem Zinsrückgang 26,4 Mio. €.

Weitere Marktrisiken wie z.B. Aktienrisiken oder Inflationsrisiken liegen für die HPBI nicht vor.

3.2.3. Liquiditätsrisiko Das oberste Ziel der Steuerung von Liquiditätsrisiken ist die uneingeschränkte Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Gemäß dem internen Limitsystem muss jederzeit an den jeweils folgenden fünf Tagen der Saldo von voraussichtlich eingehenden und abfließenden Zahlungsströmen und möglichen liquiditätsbeschaffenden Maßnahmen, die so genannte Liquiditätsposition, zumindest ausgeglichen sein. Diese wird täglich unter Berücksichtigung von konservativen Sicherheitsabschlägen („haircuts“) bestimmt, durch das Risikocontrolling überwacht und an die Geschäftsleitung und die mit der Risikoüberwachung betrauten Konzernstellen berichtet. Diese Vorgaben konnten seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise seit Ende September jedoch nicht mehr jederzeit eingehalten werden. Die lokalen Aufsichtsbehörden werden seit diesem Zeitpunkt mindestens einmal wöchentlich (zeitweilig auch täglich) über die Liquiditätssituation der Bank informiert.

Um darüber hinaus kurzfristige Refinanzierungsnotwendigkeiten frühzeitig zu erkennen, wird handelsunabhängig eine auf 90 Tage ausgeweitete Liquiditätsvorausschau erstellt, die als Grundlage für die aktive und vorausschauende Liquiditätspolitik dient. Zusätzlich wird täglich ein auf den rollierenden 30-Tage Horizont abgestellter Liquiditätsstatus ermittelt und berichtet, der sämtliche zukünftige Zahlungsflüsse sowie die aus den nicht deckungsgebundenen Wertpapieren hervorgehenden Liquiditätspotentiale umfasst und eine präzise Liquiditätssteuerung ermöglicht.

Für die kurzfristige Liquiditätsbeschaffung ist die HPBI neben Tender/Repo-Transaktionen – indirekt über die DEPFA Bank plc, Dublin und Deutsche Pfandbriefbank AG, München – auf das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin angewiesen.

3.2.4. Operationelles Risiko/Businessrisiko Das operationelle Risiko ist in der HRE definiert als die Gefahr von Verlusten, verursacht durch fehlerhafte interne Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe

Ereignisse. Diese Definition schließt Rechtsrisiken mit ein. Das Businessrisiko umfasst das Verlustrisiko aufgrund Änderungen im externen Geschäftsumfeld, das das Geschäftsmodell der Bank negativ beeinflusst.

Da alle Bereiche der Gruppe von operationellen Risiken betroffen sein können, hat die Gruppe ein Basel II konformes Rahmenwerk zur einheitlichen Identifizierung und Steuerung dieser Risiken umgesetzt. Das gruppenweit übergreifende Rahmenwerk beinhaltet die Group Policy zum Verständnis sowie zur proaktiven Begegnung mit dieser Risikoart, sowie Rollen und Verantwortlichkeiten bzw. Prozesse und Instrumente.

Identifizierung, Analyse und Management liegen in der Verantwortung der einzelnen Bereiche in den Banken. Operational Risk Vorfälle werden daher dezentral in der Loss Database nach gruppeneinheitlichen Vorgaben erfasst. Hierbei war von Seiten der HPBI im ersten Halbjahr 2010 kein Vorfall zu berichten.

3.2.5. ICAAP Auch im Jahr 2010 wird im Rahmen des ICAAP (internal capital adequacy assessment process) die Gesamtrisikoposition durch Aggregation von wesentlichen Risikoarten ermittelt und der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt, um so die Risikotragfähigkeit der Bank zu überprüfen. Für diesen Prozess ist im Konzern die Abteilung Risk Management & Control – Risk Methods der Deutschen Pfandbriefbank AG, München zuständig.

Das „Economic Capital“ dient hierbei als die Hauptmessgröße für die aggregierten Risikopositionen und die Kapitalbasis. Es ist definiert als das notwendige Kapital um über einen 1-Jahreshorizont ein gewisses Zielrating (zum 30. Juni 2010: „A“ und somit ein Konfidenzintervall von 99,95 %) zu halten.

Das Ziel der Gruppe ist es, das Niveau an Eigenkapital und eigenkapitalähnlichen Instrumenten so zu gestalten, dass es das Economic Capital auf Gruppenebene mit einem angemessenen Sicherheitsfaktor überschreitet.

Das Economic Capital enthält für die HPBI die oben beschriebenen Risikoarten. Die Risiken werden, wenn möglich und sinnvoll, nach einer statistischen Methodik, i. d. R. ein Value-at-Risk-Verfahren, durchgeführt. Die angewandten Verfahren sind Branchenstandard und

werden über Beteiligungen an Umfragen, Rezensionen und Austausch mit anderen Marktteilnehmern ständig bewertet und angepasst.

Das mit Abstand größte Risiko für die HPBI besteht in den Effekten der Ausweitung der Spreadrisiken, wie sie bereits bei der Bewertung der Wertpapiere (siehe Punkt 3.2.2.) zum Ausdruck kommen.

Stress Tests ergänzen diesen Ansatz, um eine solide aufsichtsrechtliche und wirtschaftliche Steuerung zu ermöglichen. Die für die HPBI relevanten Stresstests umfassen:

- Downgrade Szenarien für die größten Kontrahenten
- Qualitäts-Szenarien bezüglich Kontrahentenrisiken
- Operationales Risiko/Geschäftsrisiko-Szenarien
- Funding-Szenarien

Die Ergebnisse des gruppenweiten ICAAPs und der Stress Tests werden dem „Group Management Board“ und „Risk Committee“ der HRE monatlich zur Genehmigung vorgelegt. Ein spezifisches ICAAP für die HPBI wird der lokalen Geschäftsführung vierteljährlich vorgelegt und in den Verwaltungsratssitzungen präsentiert und besprochen.

4. Prognosebericht

4.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach der deutlichen – und in diesem Umfang erstmals nach der Weltwirtschaftskrise zu beobachtenden – Schrumpfung der Weltwirtschaft im Jahr 2009 gehen die Konjunkturprognosen für das Gesamtjahr 2010 von positiven, wenn auch größtenteils moderaten Wachstumsraten aus. Derzeit wird für Deutschland von einem Wachstum um 1,2 %, für die EU um 0,8 % und für die USA um 3,3 % ausgegangen. Lediglich die asiatischen Volkswirtschaften können mit einem Wachstum um 5,9 % voraussichtlich wieder an die Dynamik vor der Krise 2008/2009 anknüpfen. Auch für einen längeren Zeithorizont werden derzeit weltweit nur im historischen Vergleich verhaltene Wachstumsraten prognostiziert. In vielen Ländern, vor allem aber in Europa, dürfte es daher noch mehrere Jahre dauern, bis das Niveau der wirtschaftlichen Aktivität vor der Krise erreicht werden kann.

Zu beachten sind bei diesen Prognosen die nach wie vor außergewöhnlich großen Risiken. Diese betreffen zum einen das Vertrauen in Währungen, in die Nachhaltigkeit nationaler Fiskalpolitiken und damit letztlich in die Zahlungsfähigkeit hoch verschuldeter Regierungen, aber auch in den Finanzsektor ganz generell. Hier stellt sich insbesondere die Frage, wie weit die in vielen Ländern, vor allem in Europa, angestrebten Finanzmarktregulierungen letztlich gehen werden. Da viele Maßnahmen auf diesem Gebiet nur bei einer weltweit einheitlichen Handhabung wirklich greifen, haben deutliche Meinungsverschiedenheiten – insbesondere zwischen den USA und Großbritannien auf der einen Seite und den anderen europäischen Ländern auf der anderen Seite – bislang eine weitgehende Verschärfung der Regulierung verhindert. Ein weiteres Risiko betrifft den Fall, dass tatsächlich eines der europäischen Länder in Zahlungsschwierigkeiten gerät und der im Mai 2010 beschlossene Rettungsschirm mit entsprechenden Belastungen der anderen Länder aktiviert werden müsste.

Eine wichtige Komponente für den unsicheren und eher verhaltenen Ausblick ist das Auslaufen der konjunkturstützenden fiskalischen Maßnahmen, die zumeist Ende 2008 beschlossen wurden. Nicht zuletzt die Verschuldungsprobleme in Griechenland haben dazu geführt, dass viele Regierungen auf einen strikten Sparkurs

umschwenken wollen bzw. müssen. Diese Neuorientierung hat vor allem die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des Vertrauens der Finanzmärkte in die Nachhaltigkeit staatlicher Zahlungsfähigkeit zum Ziel. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde von den G-20-Staaten bei ihrem Gipfel in Kanada Ende Juni erreicht. Die Auswirkungen auf die Konjunktur sind vor allem deshalb so schwer zu prognostizieren, weil der negative Effekt ausfallender Staatsnachfrage mit dem positiven Effekt zu verrechnen ist, der sich aus (der Wahrnehmung) einer größeren Nachhaltigkeit der Staatshaushalte ergibt.

Als jedenfalls kurz- und mittelfristig eher unberechtigt können die in jüngster Zeit bisweilen geäußerten Inflationsängste eingeschätzt werden. Zwar war bis Mai 2010 der seither von der EZB praktizierte direkte Ankauf von Staatspapieren ausdrücklich nicht im Instrumentenkasten enthalten. Von einer „Finanzierung der Staatsausgaben durch die Notenpresse“ kann aber schon allein deshalb keine Rede sein, weil nur die EZB über Art, Umfang und Dauer dieser Engagements entscheidet. Die verfügbaren Indikatoren im Euroraum deuten daher auch mittelfristig auf Inflationserwartungen im Bereich der Zielvorgabe der EZB, das heißt knapp unter 2 % p. a., hin.

4.2. Branchenspezifische Lage

Gesamtsituation der Bankbranche Für die zweite Hälfte des Jahres 2010 stehen unverändert große Herausforderungen für die Bankbranche an. Diese hängen in ihrer Tragweite aber im Wesentlichen davon ab, wie sich zum einen die weitere konjunkturelle Entwicklung ergibt, und zum anderen, inwieweit sich die Geld-, Kapital- und Währungsmärkte beruhigen beziehungsweise normalisieren. Während Investmentbanken auch im zweiten Halbjahr von einer Verstärkung der Konjunktur besonders profitieren könnten, muss die Mehrheit der klassischen Kreditinstitute mit einem hohen Volumen an Krediten umgehen, die zur Refinanzierung anstehen und deren Parameter aber noch nicht wieder das Niveau zum Zeitpunkt der Ausreichung erreicht haben. Gerade die noch nicht erholten Immobilienmärkte und andere risikobehaftete Vermögenswerte könnten zu weiteren Belastungen in diesem Segment führen. Banken werden mit intensiveren Restrukturierungsbemühungen darauf reagieren. Sollten sich die

Ratings der Staaten im Fokus nicht verbessern, werden für solche Anleihen in den Bankenportfolios weiterhin zusätzliche Sicherheiten zu stellen sein.

Finanzierung des öffentlichen Sektors In den strategischen Kernmärkten der HRE, wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, haben lokale und regionale Kreditinstitute die Hauptrolle im Finanzierungsmarkt des öffentlichen Sektors übernommen. Diese werden das zweite Halbjahr 2010 nutzen, um die Märkte nach ihren Bedürfnissen zu formen. In Frankreich und Deutschland wird das nur anfänglich zu sinkenden Margen führen. In anderen Ländern wie Spanien und Italien sind noch für das zweite Halbjahr 2010 Diskrepanzen zu erwarten zwischen den Margen, die sich außen stehende Banken und Investoren erhoffen, und den Margen für öffentliche Kredite, die lokale Anbieter offerieren werden (insbesondere durch Kreditinstitute im Staatsbesitz).

Auch wenn der Finanzierungsbedarf auf hohem Niveau bleiben wird, haben sich die von vielen europäischen Staaten selbst auferlegten Sparmaßnahmen zur Reduzierung der hohen Haushaltsdefizite auf die Nachfrage ausgewirkt. In Spanien wird die Nachfrage durch ein kürzlich auferlegtes Schuldenneuaufnahmeverbot für spanische Kommunen beschränkt sein und dürfte die Positionierung anderer Marktteilnehmer in andere Marktsegmente positiv beeinflussen. Es muß sich im zweiten Halbjahr zeigen, inwieweit die im Fokus stehenden Staaten ihre Konsolidierungsbemühungen vorantreiben und ob die Kapitalmärkte dies durch höhere Kurse von Staatsanleihen dieser Länder honorieren. Je mehr Fortschritte hier erzielt werden, desto mehr werden Banken mit großen Staatsfinanzierungsportfolios entlastet.

Refinanzierungsmärkte Die Refinanzierungsmärkte waren in den letzten Monaten sehr volatil. Die weitere Entwicklung hängt vom Gesamtmarkt und in den einzelnen Märkten von individuellen Faktoren ab. Selektiv dürften sich einzelne Märkte weiter stabil entwickeln – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Im Vordergrund steht hier das Ankaufprogramm der EZB von Staatsanleihen. Zu den stabileren Märkten wird voraussichtlich auch der Pfandbriefmarkt zählen, auch wenn das Covered-Bond-Ankaufprogramm der EZB hier ausgelaufen ist. Ob sich die Risikoaufschläge im Markt für unbesicherte Bankemissionen weiter stabilisieren oder gar reduzieren können, ist vor den aktuell zu verzeichnen-

den Volatilitäten eher fraglich. Außerdem ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Volumina im Geldmarkt sehr schnell erhöhen werden. Insgesamt können auch längerfristige Problemphasen für einzelne Teilmärkte oder den Gesamtmarkt nicht ausgeschlossen werden.

Entscheidend für die weitere Zinsentwicklung im zweiten Halbjahr ist die Verschuldungssituation der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone. Solange die zukünftigen Budgetdefizite nicht glaubhaft und nachhaltig reduziert werden, dürfte die Ausweitung des Renditeabstands dieser Länder gegenüber dem Swap-Markt nicht abnehmen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die EZB länger als bisher erwartet die Leitzinsen auf einem niedrigen Niveau hält, sodass das kurze Ende der Zinskurve fest verankert bleibt.

Auch bei den längerfristigen Zinssätzen im Swap-Markt scheinen in diesem Umfeld kurzfristig keine signifikanten Änderungen bevorzustehen. Die Zinssätze befinden sich auf historisch extrem niedrigen Niveaus. Ein Anhalten der positiven Wirtschaftsdaten könnte mittelfristig zu tendenziell steigenden Langfristzinsen führen und somit ein weiteres Versteilern der Zinsstrukturkurve hervorrufen.

4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Lage

4.3.1. Konzernspezifische Lage Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Die Unternehmen der HRE waren im gesamten ersten Halbjahr 2010 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet.

Die HRE geht unverändert von einer Fortführung ihrer Tätigkeit unter den nachfolgend dargestellten Voraussetzungen (Exogene Faktoren/Endogene Faktoren) aus, deren Vorliegen beziehungsweise Eintreten der Vorstand nach sorgfältiger Prüfung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen derzeit für überwiegend wahrscheinlich hält.

Exogene Faktoren

- Die HRE bekommt sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch im Gesamtvolumen hinreichende weitere Liquiditätsunterstützungen seitens des SoFFin. Darüber hinaus erhält die HRE hinreichende Kapitalhilfen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durch den SoFFin. Die Unterstützungen werden zu tragfähigen Konditionen gewährt.
- Die HRE erhält die Möglichkeit, in einer Abwicklungsanstalt Vermögenswerte wertschonend abzubauen und Bilanzpositionen zu übertragen.
- Rechtliche Vorbehalte, insbesondere im Rahmen des EU-Verfahrens, gegen die Liquiditätsunterstützungen seitens des SoFFin, die Stärkung der Kapitalbasis durch den SoFFin und die Übertragung von Vermögenswerten auf die Abwicklungsanstalt werden nicht erfolgreich geltend gemacht.
- Das Kapitalmarktumfeld stabilisiert sich, insbesondere kommt es nicht zu einer gravierenden weiteren Verschärfung der Finanzmarktkrise mit unabsehbaren Folgen, beispielsweise ausgelöst durch externe Schocks wie den Zusammenbruch von größeren Staaten oder von bedeutenden Banken, und die Krise der Immobilienmärkte führt nicht zu Ausfällen von Krediten und Wertpapieren in einer existenzgefährdenden Höhe.
- Der Interbankenmarkt und andere kurzfristige unbesicherte Refinanzierungsmärkte sowie die langfristigen besicherten und unbesicherten Refinanzierungsmärkte erholen sich. Es kommt zu einer Stabilisierung bis leichten Erholung der Ratings der Unternehmen der HRE. Die Unterstützungen können in den nächsten Jahren sukzessive durch eigenständige Refinanzierungen gedeckt werden.

Endogene Faktoren

- Der HRE gelingt es weiter, das Vertrauen der Kunden wiederzuerlangen und erfolgreich Neugeschäft in auskömmlichem Volumen und zu auskömmlichen Margen abzuschließen.
- Die Umsetzung der Restrukturierung der HRE mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Rentabilität sowie Verschlinkung der Geschäftsabläufe ist keinen wesentlichen Verzögerungen oder Behinderungen ausgesetzt.
- Die Abwicklung oder Sanierung von leistungsgestörten Finanzierungen durch die HRE kann im Wesentlichen wie derzeit vorgesehen umgesetzt werden.

Trotz der besonderen Restriktionen, zum Beispiel bei der Vergütung, gelingt es der HRE, Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu halten beziehungsweise anzuwerben.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) schriftlich bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, gegebenenfalls eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Darüber hinaus wird der Finanzmarktstabilisierungsfonds über weitere Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds am 28. März 2009 20 Mio. HRE Holding-Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd. € gegen Bareinlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio. Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der Finanzmarktstabilisierungsfonds zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hielt nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von 90% am Grundkapital der Gesellschaft. Am

5. Oktober 2009 wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den SoFFin beschlossen. Das Amtsgericht München hat am 13. Oktober 2009 den Übertragungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen, wodurch der SoFFin Alleinaktionär der HRE Holding wurde. Als dritten Schritt der Rekapitalisierung hat die HRE im November 2009 eine weitere Kapitalzuführung über insgesamt 3,0 Mrd. € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in die Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,0 Mrd. €, einer Einzahlung in die Rücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,3 Mrd. € und einer Einzahlung in die Rücklage der HRE Holding in Höhe von 0,7 Mrd. € zusammen.

Als vierten Schritt zur Rekapitalisierung hat die HRE am 30. April 2010 vom Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin die Zusage für die nächsten Rekapitalisierungstranchen von bis zu 1,85 Mrd. € erhalten. Das Kapital soll in mindestens zwei Tranchen nach Bedarf in die Kapitalrücklage der HRE eingezahlt werden. Die Kapitalmaßnahme bedarf noch der Zustimmung der EU-Kommission. In einer ersten Tranche wurden am 20. Mai 2010 1,4 Mrd. € in die Kapitalrücklage der HRE Holding eingezahlt.

Die HRE Holding und die Deutsche Pfandbriefbank AG haben sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Bestandsgefährdende Risiken Der Fortbestand der HRE Holding hängt davon ab, dass der HRE Holding und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften auch bei Ausfällen und Wertberichtigungen von Forderungen und Wertpapieren aufgrund der Finanzkrise einzelner Staaten und Körperschaften, in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der HRE Holding oder der Gesellschaft abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die HRE Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld-

und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Erfolgslage Die HRE hat das erste Halbjahr 2010 mit einem negativen Vorsteuerergebnis abgeschlossen. Allerdings war das Ergebnis besser als im Vorjahr, worin sich Zeichen einer Stabilisierung der HRE widerspiegeln. Auch für die Zukunft rechnet die HRE mit hohen Ergebnisbelastungen, die zu einer Verlustsituation führen werden. Die Höhe der erwarteten Verlustsituation wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die Höhe des Bestandsportfolios wird durch Abschmelzungen und Verkäufe sowie die geplante Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt abnehmen, sodass der Zinsüberschuss belastet wird. Darüber hinaus können aufgrund von negativen Marktwerten im Falle von Veräußerungen Verluste entstehen, die den Zinsüberschuss oder das Finanzanlageergebnis belasten würden.
- Die HRE wird zumindest bis zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in erheblichem Ausmaß auf Liquiditätsunterstützungen des SoFFin angewiesen sein. Die Aufwendungen dafür werden den Provisionsüberschuss deutlich belasten.

Im zweiten Halbjahr 2010 werden die Aufwendungen aus Liquiditätsunterstützungen aufgrund der zusätzlichen Garantiegewährung voraussichtlich den Wert aus dem ersten Halbjahr grundsätzlich übersteigen. Durch die Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Abwicklungsanstalt würde der Aufwand jedoch sinken.

- Veränderungen der Marktwerte der Handelsbestände sind gemäß IAS 39 unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Aufgrund der angespannten Situation einiger Märkte schwanken die Werte der Handelsbestände stark und sind in den vergangenen Perioden gesunken. Auch im zweiten Halbjahr 2010 kann das Handelsergebnis deutlich belastet werden und sehr volatil sein. Zum Beispiel ist die Marktwertentwicklung der Portfolien Halcyon und Pegasus unter anderem abhängig von der Entwicklung der Spreads innerhalb des CMBS Marktes. Ferner können Ausfallrisiken und andere Verschlechterungen der beizulegenden Zeitwerte der Kundenderivate und übrigen Handelsbestände führen. Durch die geplante Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Abwicklungsanstalt würden die möglichen Verluste und die Volatilität reduziert werden.
- Das Finanzanlageergebnis kann durch zusätzliche Abschreibungen auf Wertpapiere belastet werden. Zum Beispiel können weitere Ausweitungen der Credit Spreads und eine Verschlechterung des Sicherheitenpools zu zusätzlichen Wertberichtigungen auf die noch im Bestand befindlichen CDOs führen. Wertberichtigungen können darüber hinaus auch auf die gemäß IAS 39 von Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umklassifizierten Bestände notwendig werden. Da wesentliche Teile der Bestände auf die Abwicklungsanstalt übertragen werden sollen, könnte deren Gründung die mögliche Ergebnisbelastung deutlich reduzieren.
- Die angespannte Situation auf einigen Märkten und die unsichere gesamtwirtschaftliche Lage können zu signifikanten Wertberichtigungen auf Forderungen führen. Vor allem aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf den gewerblichen Immobilienmärkten werden voraussichtlich auch im zweiten Halbjahr 2010 Abschreibungen auf Immobilienfinanzierungen in erheblichem Umfang notwendig sein. Insgesamt wird auch im zweiten Halbjahr 2010 die Kreditrisikoversorge voraussichtlich auf einem erhöhten Niveau liegen. Die HRE beabsichtigt Teile der Bestände auf die Abwicklungsanstalt zu übertragen, wodurch die Bildung von Kreditrisikoversorge deutlich reduziert werden würde.
- Durch hohe fiskalische Defizite ist für einige Staaten die Refinanzierung deutlich erschwert oder nur noch mit externer Hilfe möglich. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Staaten ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht bedienen können. In einem solchen Fall können in erheblichem Umfang Abschreibungen auf Wertpapiere oder Kredite notwendig werden, was vor allem das Finanzanlageergebnis und die Kreditrisikoversorge belasten würde.
- Aus der Neuausrichtung der HRE und der Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und Prozesse werden weitere Aufwendungen resultieren, die vor allem den Verwaltungsaufwand belasten.
- Durch die Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten werden auch im zweiten Halbjahr 2010 Aufwendungen für Beratungsleistungen und andere Verwaltungsaufwendungen entstehen. Auflagen der Europäischen Kommission können beinhalten, dass für die Abwicklungsanstalt Nutzungs- und Servicegebühren zu zahlen sind.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der HRE erheblich beeinträchtigen. Diese betreffen vor allem Klagen von ehemaligen Aktionären wegen angeblicher fehlerhafter Kapitalmarktinformation unter anderem im Zusammenhang mit den Ad-hoc-Mitteilungen vom 15. Januar 2008 und der Liquiditätssituation der DEPFA Bank plc, Klagen von ehemaligen Aktionären gegen die in der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 beschlossene Kapitalerhöhung und Klagen von ehemaligen Aktionären gegen den in der außerordentlichen Hauptversammlung am 5. Oktober 2009 beschlossenen Squeeze-Out, Klagen ehemaliger Vorstandsmitglieder auf Zahlungen, Klagen von Mitarbeitern auf Zahlung einer variablen Vergütung für die Jahre 2008 bzw. 2009 und Klagen einiger Kommunen auf Schadensersatz.
- Aufgrund der Rating-Herabstufungen wurden mehrere ISDA-Rahmenverträge sowie Guaranteed Investment Contracts gekündigt beziehungsweise können in Zukunft noch gekündigt werden, was zu Kosten

aufgrund vorzeitiger Vertragsauflösung sowie zu zusätzlichen Kosten der Wiederbeschaffung von Sicherungsgeschäften geführt hat. Weitere Ratingherabstufungen würden zu weiteren Kündigungen von ISDA-Rahmenverträgen führen. Dabei können der Bank auch aufgrund der vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Langfrist-Ratings eingeschränkten Auswahl von Kontrahenten zusätzliche Kosten entstehen.

- Die HRE ist operationalen Risiken aus ihrer Restrukturierung wie zum Beispiel die Abhängigkeit von Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme, einer erhöhten Fluktuation von Mitarbeitern und Risiken im Zusammenhang mit Change-Management-Aktivitäten ausgesetzt. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.

Vermögenslage Die Vermögenslage der HRE wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Sollten sich die Credit Spreads von Staaten und Banken weiter ausweiten, werden die Marktwerte der von ihnen begebenen Wertpapiere sinken. Die HRE hat einen Großteil der Available-for-Sale-Wertpapiere gemäß der im Oktober 2008 veröffentlichten Änderung von IAS 39 „Umgliederung finanzieller Vermögenswerte“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umkategorisiert. Für den Restbestand der Available-for-Sale-Wertpapiere würden die Credit-Spread-Ausweitungen jedoch zu einer weiteren Belastung der Marktwerte und somit der AfS-Rücklage führen. Durch die Übertragung der Vermögenswerte auf die Abwicklungsanstalt würde sich das Risiko reduzieren.
- Der Portfoliobestand wird durch Abschmelzung oder Verkäufe und die mögliche Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt voraussichtlich signifikant sinken, was der Fokussierung auf funktionierende Konzerngeschäftsfelder entspricht. Mit den Forderungen würde auch der dazugehörige Risikovorsorgebestand auf die Abwicklungsanstalt übertragen werden.
- Die angespannte Situation und die anschließend eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der HRE haben in der Politik, den Medien und der Öffentlich-

keit zu Debatten geführt. Insgesamt hat das Image der HRE gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen.

Finanzlage Die Finanzlage der HRE wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen und die Einrichtung der Abwicklungsanstalt werden von der Europäischen Kommission im laufenden Beihilfeverfahren geprüft. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission höchstwahrscheinlich einzelne wesentliche Auflagen gegen die HRE verhängen, einschließlich einer wesentlichen Verringerung der Bilanzsumme und der Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Falls die Europäische Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommt, dass die staatlichen Beihilfen nicht oder nicht vollständig mit dem EG-Vertrag übereinstimmen, kann es sein, dass sie Deutschland verpflichtet, diese Beihilfen innerhalb einer bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten bzw. die Rückzahlung anordnen.
- Zumindest bis zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Abwicklungsanstalt wird die Refinanzierung der HRE abhängig von den Unterstützungsmaßnahmen durch den SoFFin sein. Die Ablösung der Unterstützungsmaßnahmen wird unter anderem vom Zugang des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank zu den Refinanzierungsmärkten und dem Rating abhängen.
- Die HRE hat unwiderrufliche Kreditzusagen und Liquiditätsfazilitäten ausgegeben. Ziehungen können zu weiteren Liquiditätsabflüssen führen. Darüber hinaus würden weitere Ratingherabstufungen zu weiteren Kündigungen aufgrund von ISDA-Rahmenverträgen führen, was Liquiditätsabflüsse verursachen würde. Durch Übertragung der Positionen auf die Abwicklungsanstalt würde sich das Risiko reduzieren.
- Die Kapitalausstattung der HRE Holding und ihrer Tochterunternehmen hat sich durch die Unterstützungen des SoFFin verbessert. Im zweiten Halbjahr

2010 kann sich das IFRS-Eigenkapital und das aufsichtsrechtliche Kernkapital aufgrund der oben aufgeführten Ergebnisbelastungen jedoch wieder verringern. Derzeit wird auf der Basis der erwarteten Unterstützungsmaßnahmen durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds erwartet, dass die Fortführung der Geschäftstätigkeit der HRE nicht in Frage steht.

- Derzeit werden die Vorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht unter der Bezeichnung Basel III überarbeitet. Diskutiert wird unter anderem eine Verschärfung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung durch Anhebung der Mindestkapitalquoten. Darüber hinaus soll mit der sogenannten Leverage Ratio eine neue vom Risikogewicht der Vermögenswerte unabhängige Eigenkapitalquote eingeführt werden. Des Weiteren sind neue Meßgrößen für die Liquiditätsausstattung geplant. Für die HRE können die überarbeiteten Vorschriften einen höheren Bedarf an Eigenkapital und Liquidität bedeuten. Ferner kann sich die Rentabilität durch den höheren Kapitalbedarf vermindern.

Das neue Geschäftsmodell stellt eine Chance für die HRE dar. Im Bereich der Finanzierung des öffentlichen Sektors sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt. Auch im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden vermutlich viele Wettbewerber den Markt verlassen oder ernsthaft geschwächt sein. Zudem ist die Kreditvergabe allgemein restriktiver geworden. Als Folge sind am Immobilienfinanzierungsmarkt die Margen gestiegen. Die Globalisierung der Finanzströme und Investoren von großvolumigen Projekten werden einen spezialisierten gewerblichen Immobilienfinanzierer wie die HRE aufgrund ihrer speziellen Markt- und Produktkenntnis schätzen, deren Expertise am Markt anerkannt ist und der im Jahr 2009 und im ersten Halbjahr 2010 bereits wieder erfolgreich Neugeschäft abgeschlossen hat. Auch im Bereich der Finanzierung des öffentlichen Sektors sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt. Die Erfahrung der HRE im Pfandbriefgeschäft kann daher ein Vorteil sein. Die HRE wird vor diesem Hintergrund auch im zweiten Halbjahr 2010 Marktchancen suchen und Neugeschäft zu attraktiven Margen abschließen. Dabei wird der Fokus strategiekonform auf pfandbriefeffähigen Anschlussfinanzierungen und auf neuakquirierten Geschäften in den Bereichen Public Sector Finance und Real Estate Finance liegen.

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Die Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement AöR wurde am 8. Juli 2010 gegründet. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Vermögenswerte besteht nicht; vielmehr steht die Übertragung im Ermessen der FMSA. Für die HRE stellt die Übertragung eine Chance dar, da die Bilanz von nicht-strategischen Positionen entlastet würde und das Kerngeschäft schneller freigelegt werden könnte. Durch die Abwicklungsanstalt könnten andererseits jedoch auch operationelle Risiken und Reputationsrisiken entstehen.

Das Ergebnis des zweiten Halbjahres 2010 wird voraussichtlich durch die Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie die Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen belastet sein. Darüber hinaus werden sich die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten im Verwaltungsaufwand und somit im Ergebnis negativ auswirken. Mit der Übertragung von Beständen auf die Abwicklungsanstalt würde die HRE zinstragende Aktiva verlieren, wodurch der Zinsüberschuss und ähnliche Erträge belastet würden. Die HRE geht davon aus, auch das zweite Halbjahr 2010 mit einem Verlust abzuschließen.

4.3.2. Unternehmensspezifische Lage Die HPBI war als Staatsfinanzierer bislang in das Geschäftsmodell des HRE Konzerns eingebunden und hat ihr Geschäftssegment operativ rentabel und mit guter aufsichtsrechtlicher Kapitalausstattung betrieben.

Der im Dezember 2008 vorgelegte Restrukturierungsplan des Konzerns beinhaltet im Kern die bereits in weiten Teilen umgesetzte Vereinfachung der Konzernstruktur und die Konzentration auf deckungsfähiges Geschäft. Als nächsten Schritt zur Restrukturierung des Konzerns hat die HRE Holding am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt einen Antrag auf Einrichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Die Abwicklungsanstalt ist mittlerweile unter dem Namen FMS Wertmanagement AöR am 8. Juli 2010 gegründet worden. Auf diese

Abwicklungsanstalt will die HRE Bilanzpositionen übertragen, die für die Neuausrichtung des Konzerns nicht strategienotwendig sind. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte des HRE Konzerns mit einem Volumen von bis zu 210 Mrd. € umfassen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Vermögenswerte besteht aber nicht; vielmehr steht die Übertragung im Ermessen der FMISA.

Obwohl das Kerngeschäft der HPBI durchaus mit der Konzentration auf deckungsfähiges Geschäft kompatibel wäre, konnte die künftige Rolle der HPBI und damit des Standortes Luxemburg im Konzern noch nicht endgültig festgelegt werden, unter anderem auch weil die Prüfung des Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission noch nicht abgeschlossen ist. Zur Vorbereitung und Erleichterung einer strategischen Neuausrichtung erwägt die HPBI jedoch, auch Teile ihrer Vermögenswerte und Derivatepositionen an die Abwicklungsanstalt zu übertragen. Der Verwaltungsrat der HPBI hat in seiner Sitzung vom 28. Januar 2010 beschlossen, dieses Vorhaben zu unterstützen. Die notwendigen Gremienbeschlüsse zu einer möglichen Übertragung sind aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefasst.

Auch im weiteren Verlauf des Geschäftsjahrs 2010 wird eine eigenständige Refinanzierung der HPBI über Geld- und Kapitalmärkte nicht möglich sein. Daher ist die HPBI bis auf weiteres abhängig von konzerninterner Refinanzierung. Angesichts der geschilderten Einflussfaktoren und Risiken ist eine verlässliche Prognose der

weiteren Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage nur sehr schwer abzugeben. Insbesondere erwartet die HPBI jedoch Einflüsse auf ihr Zinsergebnis in Abhängigkeit von Spezifizierung und Festlegung des Umfangs der Übertragung ihrer Vermögenswerte an die Abwicklungsanstalt. Die Kosten für die der HRE zur Verfügung gestellten und an die HPBI weitergereichten Liquiditätsbereitstellungen werden auch in 2010 die Ertragslage der HPBI wesentlich beeinflussen. Zusätzlich kann die Ertragslage der HPBI auch durch Kosten für die Prüfung der Übertragung von Vermögenswerten an die Abwicklungsanstalt, zum Beispiel durch Beratungsleistungen und andere Verwaltungsaufwendungen belastet werden. Abgesehen davon werden die Verwaltungsaufwendungen der HPBI in 2010 eher konstant bleiben. Trotz der in Punkt 1.2 beschriebenen volatilen Märkte bei Staatsanleihen und der teilweise kritischen Einschätzung einiger Staatspapiere durch die Bankanalysten sehen Verwaltungsrat und Geschäftsleitung aufgrund konzerninterner Kreditanalysen keine Veranlassung, Einzelwertberichtigungen auf den Forderungsbestand der HPBI vorzunehmen.

Sollte die Übertragung von Teilen der Vermögenswerte der HPBI an die Abwicklungsanstalt gelingen, würde sich die Bilanzsumme der HPBI entsprechend verringern. Damit würde insbesondere auch eine Verringerung der Abhängigkeit von gruppeninterner Refinanzierung erreicht. Insgesamt erwartet die HPBI, dass ihre strategische Neuausrichtung durch die mit der Übertragung von Teilen ihrer Vermögenswerte erfolgte Verschlankung eher vereinfacht wird.

5. Sonstige Angaben

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Berichtsperiode haben sich nach dem Berichtsstichtag nicht ereignet.

Luxemburg, 31. August 2010

- 26 **Bilanz zum 30. Juni 2010**
 - 28 **Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2010**
 - 30 **Bericht des Réviseur d'Entreprises**
 - 31 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**
-

Zwischenabschluss

Bilanz zum 30. Juni 2010

Aktiva		30.06.2010	31.12.2009
in €			
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postscheckämtern		2.036.518	391
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind		155.000.000	355.564.594
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Werte	155.000.000		355.564.594
Forderungen an Kreditinstitute		626.760.243	537.416.662
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	488.945.607		497.996.516
Andere Forderungen	137.814.636		39.420.146
darunter: täglich fällig	137.814.636		39.420.146
Forderungen an Kunden		238.915.287	273.154.117
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	238.915.287		273.154.117
Andere Forderungen	-		-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		5.914.010.430	5.925.165.414
Öffentliche Emittenten	1.778.668.961		1.781.009.532
Andere Emittenten	4.095.197.105		4.104.568.713
Eigene Schuldverschreibungen	40.144.364		39.587.169
Sachanlagen		120.753	181.590
Sonstige Vermögensgegenstände		11.572	31.477
Rechnungsabgrenzungsposten		906.317.738	962.881.515
Summe der Aktiva		7.843.172.542	8.054.395.760

Passiva			30.06.2010	31.12.2009
in €				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			2.597.765.882	2.369.378.187
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		5.000.000
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		-		5.000.000
Andere Verbindlichkeiten		2.597.765.882		2.364.378.187
darunter: täglich fällig		530.000.000		166.054.019
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.067.765.882		2.198.324.168
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			1.602.096.661	1.582.796.661
Andere Verbindlichkeiten		1.602.096.661		1.582.796.661
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	1.602.096.661			1.582.796.661
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.602.096.661			1.582.796.661
Verbrieftete Verbindlichkeiten			3.332.266.621	3.772.946.321
Begebene Schuldverschreibungen		3.332.266.621		3.772.946.321
Öffentliche Pfandbriefe	3.332.266.621			3.772.946.321
Andere		-		-
Sonstige Verbindlichkeiten			811.113	401.303
Rechnungsabgrenzungsposten			145.132.254	165.906.727
Rückstellungen			5.160.971	5.178.933
Steuerrückstellungen		449.900		1.424.283
Andere		4.711.071		3.754.650
Nachrangige Verbindlichkeiten			34.000.000	34.000.000
Gezeichnetes Kapital			66.000.000	66.000.000
Ausgabeagio			15.000.000	15.000.000
Rücklagen			42.787.628	40.321.842
Ergebnis der Berichtsperiode			2.151.411	2.465.786
Summe der Passiva			7.843.172.542	8.054.395.760

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2010

Aufwendungen				
in €			1.1. - 30.06.2010	1.1. - 30.06.2009
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			160.812.547	244.409.996
Provisionsaufwendungen			1.644.159	417.957
Ergebnis aus Finanzgeschäften			-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			1.967.474	1.873.369
Personalaufwand		645.709		690.497
davon für Löhne und Gehälter	535.675			601.626
davon für soziale Aufwendungen	70.868			88.312
davon für Altersversorgung	49.599			61.221
Sonstige Personalaufwendungen	39.166			559
Andere Verwaltungsaufwendungen		1.321.766		1.182.872
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			60.837	77.721
Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.994	286
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			-	500.000
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die Finanzanlagen darstellen			-	7.148
Steuern auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			314.376	1.566.586
Ergebnis der Berichtsperiode			2.151.411	7.692.514
Summe der Aufwendungen			166.952.799	256.545.577

Erträge				
in €			1.1. - 30.06.2010	1.1. - 30.06.2009
Zinserträge und ähnliche Erträge			166.462.646	255.714.736
davon aus festverzinslichen Wertpapieren		83.740.170		120.313.705
Ergebnis aus Finanzgeschäften			300.021	143.864
Sonstige betriebliche Erträge			187.812	684.888
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen gehalten werden, auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen			2.320	2.089
davon Gewinne aus dem Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren, die als Finanzanlagen gehalten werden		2.320		2.089
Summe der Erträge			166.952.799	256.545.577

Bescheinigung über die prüferische Durchsicht des Zwischenabschlusses und Zwischenlageberichtes zum 30. Juni 2010

Wir haben den beiliegenden verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010 bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2010 und dem Anhang für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2010 („Zwischenabschluss“) der Hypo Pfandbriefbank International S.A. einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen in Luxemburg liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrates. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht einen Bericht über den verkürzten Zwischenabschluss abzugeben.

Umfang der prüferischen Durchsicht Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit dem für Aufträge zur prüferischen Durchsicht geltenden International Standard on Review Engagements 2410 für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen durch den Abschlussprüfer, den maßgebenden Vorschriften und Verlautbarungen im Großherzogtum Luxemburg sowie den vom Institut des Réviseurs d'Entreprises (IRE) herausgegebenen Berufsgrundsätzen und Empfehlungen durchgeführt. Eine prüferische Durchsicht von Zwischenfinanzinformationen besteht aus der Befragung von Mitarbeitern der Gesellschaft, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeitern, analytischen und sonstigen Maßnahmen der prüferischen Durchsicht. Der Umfang einer prüferischen Durchsicht ist wesentlich geringer als derjenige einer Abschlussprüfung und bietet folglich nicht die Sicherheit, dass wir alle wesentlichen Aspekte erkennen, die im Rahmen einer Abschlussprüfung identifiziert worden wären. Wir haben keine Prüfung durchgeführt und erteilen aus diesem Grund kein Prüfungsurteil.

Ergebnis der prüferischen Durchsicht Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beiliegende verkürzte Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010 in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen in Luxemburg dargestellt worden ist.

Hervorhebung eines Sachverhaltes Ohne unser Ergebnis der prüferischen Durchsicht einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des verkürzten Anhangs sowie im Abschnitt „Bestandsgefährdende Risiken“ des verkürzten Zwischenlageberichtes hin.

Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängig ist, dass der Hypo Real Estate Holding sowie wesentlichen Tochterunternehmen (unter ande-

rem die Hypo Pfandbrief Bank International S.A.), auch bei Ausfällen und Wertberichtigungen von Forderungen und Wertpapieren auf Grund der Finanzkrise einzelner Staaten und Körperschaften, in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird.

Desweiteren ist dort aufgeführt, dass eine externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig ist, um eine Insolvenz aufgrund von Zahlungsunfähigkeit der Hypo Real Estate Holding oder von wesentlichen Tochtergesellschaften abzuwenden.

Diese Liquiditätshilfen müssen solange zur Verfügung stehen, bis die Hypo Real Estate Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften sich wieder eigenständig am Geld- oder Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der Hypo Real Estate Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der SoFFin und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrecht erhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Diese Umstände weisen auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die erhebliche Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft aufwerfen.

Weiterhin ist im Abschnitt 3.3 des verkürzten Anhangs aufgeführt, dass im Anlagebestand Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 3.919.490 Tsd. € enthalten sind, deren Marktwert 3.594.045 Tsd. € beträgt und bei denen Wertberichtigungen auf den niedrigeren Marktwert nicht vorgenommen wurden, da Leistungsstörungen bisher nicht eingetreten sind und auch nicht erwartet werden. Zur Vermeidung zukünftiger Verluste ist insbesondere erforderlich, dass:

- die Gesellschaft in Zukunft über ausreichende Liquidität verfügt, um die Wertpapiere halten zu können (Haltefähigkeit) und
- der Fortbestand der Gesellschaft insgesamt gewährleistet ist.

Bericht über den Zwischenlagebericht Der Zwischenlagebericht, welcher in der Verantwortung des Verwaltungsrats liegt, steht im Einklang mit dem verkürzten Zwischenabschluss

Luxemburg, 31. August 2010

KPMG Audit S.à r.l.
Cabinet de révision agréé

T. Feld C. Brüne

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Im Zwischenlagebericht sind der Geschäftsverlauf einschliesslich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben werden.

Luxemburg, 31. August 2010

Markus Fels Dr. Matthias Achilles

Mitglied des Geschäftsführer
Verwaltungsrates Mitglied des
Verwaltungsrates

34 **1. Allgemeine Anmerkungen**

34 **2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

34 **3. Angaben zu Aktivposten**

34 3.1 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gegenüber verbundenen Unternehmen

35 3.2 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273

35 3.3 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

35 **4. Angaben zu Passivposten**

35 4.1 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

35 4.2 Eigenkapital

36 **5. Angaben zu außerbilanziellen Posten**

36 **6. Sonderangaben**

36 6.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe

37 6.2 Weitere Aufgliederung

Anhang

1. Allgemeine Anmerkungen

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) wurde am 27. Juli 1999 in Luxemburg unter ihrem ursprünglichen Namen Pfandbrief Bank International S.A. (PBI) gegründet. Am 14. September 1999 wurde vom Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg die Lizenz für den Betrieb der Bank als Pfandbriefbank nach Luxemburger Recht (Banque d'émission de lettres de gage) erteilt.

Der Eintrag im Handelsregister erfolgte am 16. August 1999 unter der Nummer 71104 (Sektion B). Die Rechtsgrundlage für den Betrieb einer Pfandbriefbank findet sich im „Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor“ (in seiner derzeit gültigen Fassung) in den Artikeln 12–1 bis 12–9.

Gegründet wurde die Bank ursprünglich von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) und deren deutschen Hypothekenbank-Töchtern mit jeweils gleich hohen Kapitalanteilen über eine Holdingkonstruktion.

Im Rahmen der Neuordnung der HVB-Gruppe in 2003 wurde die HPBI ein Tochterunternehmen innerhalb der Hypo Real Estate Group. Seit 31. März 2008 werden alle Kapitalanteile der Bank vollständig von der DEPFA Bank plc, Dublin, (DEPFA) gehalten. Das gezeichnete Kapital der Bank ist voll eingezahlt.

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. wird in den Konzernabschluss der Hypo Real Estate Holding AG, München sowie in den Teilkonzernabschluss der DEPFA Bank plc Dublin einbezogen. Die Abschlüsse sind am Sitz der jeweiligen Gesellschaften verfügbar.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010 wurde im Einklang mit den geltenden Regelungen im Großherzogtum Luxemburg und insbesondere mit dem Gesetz vom 17. Juni 1992 betreffend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten („Gesetz“) erstellt. Das vom Gesetz abweichende Gliederungsschema der Bilanz basiert auf der von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) erarbeiteten Empfehlung zum Jahresabschluss für Pfandbriefbanken. Der Zwischenabschluss wurde unter der Prämisse der Unternehmensfortführung erstellt. Bei der Einschätzung der Unternehmensfortführung sind wesentliche Unsicherheiten in Verbindung mit Ereignissen und Bedingungen bekannt, die erhebliche Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft aufwerfen. Die Risiken und Voraussetzungen der Unternehmensfortführung sind im Lagebericht in Abschnitt 4.3. „Konzern- und Unternehmensspezifische Lage“ dargestellt.

Der Finanzanlagebestand der Gesellschaft ist nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die im Wertpapierbestand enthaltenen unrealisierten Verluste sind in Abschnitt 3.3 des Anhangs „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ dargestellt.

Die Kapitalwährung ist Euro (€).

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des letzten veröffentlichten Jahresabschlusses finden weiterhin Anwendung.

3. Angaben zu Aktivposten

3.1 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gegenüber verbundenen Unternehmen

in Tsd. €	30.06.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	9.900	506
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	78.644	88.087
Summe	88.544	88.593
Davon eigene Schuldverschreibungen	40.144	39.587

3.2 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273

in Tsd. €	Eigenmittelanforderungen
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem Standardansatz unterliegen	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	840
Forderungen an Institute	2.618
Forderungen an Unternehmen	828
Sonstige Aktiva	17
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem IRB-Ansatz unterliegen, mit eigener Schätzung der Verluste bei Ausfall und/oder Umrechnungsfaktoren (fortgeschrittener IRB-Ansatz)	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	22.893
Forderungen an Institute	19.190
Forderungen im Rahmen einer Verbriefung	31.292
Eigenmittelanforderungen zur Deckung des Währungsrisikos	1.423
Eigenmittelanforderungen zur Deckung des operationellen Risikos	2.205
Summe	81.306
Haftendes Eigenkapital	159.517
Eigenmittelquote (in %)	15,7

3.3 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen)

in Tsd. €	30.06.2010	31.12.2009
Börsennotierte Werte	5.159.853	5.295.820
Nicht börsennotierte Werte	754.157	629.345
Summe	5.914.010	5.925.165

Die innerhalb eines Jahres fällig werdenden Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere betragen 363.750 Tsd. €.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 3.919.490 Tsd. € (Marktwert 3.594.045 Tsd. €) wurden Wertberichtigungen auf den niedrigeren Kurswert nicht vorgenommen, da bisher keine Ausfälle oder Leistungsstörungen eingetreten sind bzw. erwartet werden.

Für die hier angegebenen Marktwerte werden Marktpreise bzw. von Maklern gestellte Preise/Kurven herangezogen. Für Wertpapiere, für die derartige Werte nicht vorlagen (2.809 Mio. €) wurden Bewertungsverfahren mittels direkt oder indirekt beobachtbarer, marktbasierter Parameter angewendet.

4. Angaben zu Passivposten

4.1 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von 1.379 Mio. € (Vorjahr 547 Mio. €) aus kurzfristigen Geldhandelsgeschäften.

Zum 30. Juni 2010 bestand eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 2.320 Tsd. € sowie eine freie Rücklage über 40.468 Tsd. €.

Die Bank nutzt die steuerliche Möglichkeit der Anrechnung der Vermögensteuerzahllast, die voraussetzt, dass das Fünffache der Vermögensteuerzahllast in eine spezielle Gewinnrücklage eingestellt wird. Eine Ausschüttung dieser Rücklage ist für jeweils fünf Jahre nicht möglich, sofern die Vermögensteuer endgültig nicht mehr gezahlt werden soll. In den Rücklagen sind 13.910 Tsd. € für die Anrechnung der Vermögensteuer enthalten.

4.2 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66.000 Tsd. € und ist in 66.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Nach dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften muss die Bank jährlich einen Betrag in Höhe von wenigstens 5 % des jährlichen Nettogewinns einer gesetzlichen Rücklage zuführen, bis diese 10 % des gezeichneten Kapitals erreicht. Die gesetzliche Rücklage darf nicht ausgeschüttet werden.

5. Angaben zu außerbilanziellen Posten

Transaktionen in derivativen Instrumenten werden ausschließlich zu Sicherungszwecken im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung im OTC-Markt getätigt. Handelsgeschäfte mit Derivaten wurden nicht getätigt. Grundsätzlich wurden mit den Handelspartnern im Derivategeschäft Netting-Vereinbarungen zur Risikoreduktion getroffen.

Das Nominalvolumen der offenen nicht bilanzwirksamen Geschäfte belief sich zum 30. Juni 2010 auf 6.280 Mio. €, wovon auf verbundene Unternehmen 3.725 Mio. € entfielen. Für das aus Derivaten resultierende Adressen-

risiko werden unter anderem die Bruttowiederbeschaffungswerte (Replacement-Costs) ermittelt. Diese errechnen sich als Summe aller positiven Marktwerte ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen.

Legt man nach bankaufsichtsrechtlichen Maßstäben zusätzlich für zukünftiges potentielles Risiko die Add-Ons und ferner die adressenbezogene Risikogewichtung zugrunde, ergibt sich per 30. Juni 2010 ein Adressenrisiko nach der Marktwertmethode von 116 Mio. €. Kontrahenten im Derivategeschäft sind ausschließlich OECD-Banken.

in Mio. €	Nominal Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Nominal Restlaufzeit ≤ 5 Jahre	Nominal Restlaufzeit > 5 Jahre	Summe Nominale	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Adress- risiken
Zinsbezogene Geschäfte							
Zinsswaps (gleiche Währung)	846	1.104	3.187	5.137	271	580	-
Zinsoptionen – Käufe	23	29	-	52	4	-	-
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte							
Devisenswaps	285	-	-	285	4	11	-
Cross-Currency-Swaps	40	239	527	806	195	21	-
Summe	1.194	1.372	3.714	6.280	474	612	116*

*) wegen Netting-Vereinbarungen nicht aufteilbar

Derivate werden grundsätzlich zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Den obigen negativen Marktwerten stehen entsprechende stille Reserven in den abgesicherten Grundgeschäften gegenüber.

6. Sonderangaben

Deckungsrechnung für den nach Art. 12-1 bis 12-9 des Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor bestehenden Deckungsbestand Die Angaben beschränken sich auf die Darstellung der öffentlichen Pfandbriefe. Hypotheken-Pfandbriefe wurden nicht emittiert. Derivative Finanzinstrumente wurden am Stichtag zur Deckung mit einem Bestandwert von 99.188 Tsd. € herangezogen.

6.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe

in Tsd. €	30.06.2010
Deckungswerte	4.577.061
Ersatzdeckung Wertpapiere Bankguthaben	45.400 -
Gesamtdeckung	4.622.461
Umlauf Inhabertitel Namenstitel	3.289.515 923.305
Gesamtumlauf (deckungspflichtig)	4.212.820
Überdeckung	409.641

6.2 Weitere Aufgliederung**6.2.1 Deckungswerte**

Ordentliche Deckung	30.06.2010
in Tsd. €	
Forderungen an Kreditinstitute Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	488.946
Forderungen an Kunden Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	393.915
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten oder anderer Emittenten, die von öffentlichen Stellen garantiert	3.437.658
Gedekte öffentliche Inhaber-Pfandbriefe	157.354
Gedekte öffentliche Namens-Pfandbriefe	-
Derivative Produkte	99.188
Zwischensumme	4.577.061
Ersatzdeckung	
Andere Forderungen an Kreditinstitute	-
Schuldverschreibungen gemäß Art. 42 (3) OGAW-Gesetz ¹	45.400
Summe	4.622.461

¹ OGAW-Gesetz: Gesetz über Organismen für gemeinsame Anlagen

6.2.2 Deckungsbestand der Kommunaldarlehen

Aufgliederung der Größenklassen		Anzahl	30.06.2010
in Tsd. €			
Bis 25 Mio €		41	552.572
Bis 50 Mio €		39	1.364.077
Bis 100 Mio €		26	1.697.065
Über 100 Mio €		8	1.008.747
Summe		114	4.622.461

Aufgliederung nach Ländern	in Tsd. €	in %
USA	1.245.995	27,0
Deutschland	632.430	13,7
Österreich	519.940	11,2
Kanada	452.469	9,8
Spanien	400.508	8,7
Schweiz	383.949	8,3
Portugal	158.000	3,4
Italien	149.137	3,2
Irland	92.659	2,0
Großbritannien	81.195	1,8
Slowenien	80.000	1,7
Frankreich	77.000	1,7
Int. Organisationen	73.220	1,6
Luxembourg	63.854	1,4
Japan	56.299	1,2
Finnland	45.400	1,0
Südkorea	40.292	0,9
Belgien	38.347	0,8
Polen	22.585	0,5
Slowakei	8.000	0,2
Schweden	1.182	-
Summe	4.622.461	100,0

6.2.3 Barwertige Deckungsrechnung

in Mio. €	Deckungsstock	Deckungspflichtige öffentliche Pfandbriefe²	Überdeckung	in %
Nominal	4.623	4.213	410	9,7
Barwertig ³	5.143	4.527	616	13,6
Barwertig, bei einer Verschiebung der Zinskurve				
um + 100 bp	4.860	4.319	541	12,5
um - 100 bp	5.468	4.757	711	14,9

² Lettres de gage publiques; ³ mit ursprünglichen Credit Spreads berechnet

40 **Mitglieder des Verwaltungsrats**

40 **Geschäftsleiter der Bank**

40 **Réviseur Spécial**

Gremien

Mitglieder des Verwaltungsrats

Cyril Dunne , Dublin Vorsitzender	Mitglied des Vorstandes (CEO) der DEPFA Bank plc
Stephane Rio , Soisy sur Seine	Mitglied des Vorstandes der DEPFA Bank plc
Markus Fels , Rosenheim	Head of Group Finance der Deutsche Pfandbriefbank AG
Hagen Schmidt , Trier bis 30. Juni 2010	Administrateur-Délégué
Dr. Matthias Achilles , Oberursel seit 31. März 2010	Administrateur-Délégué

Geschäftsleiter der Bank

Hagen Schmidt , Trier bis 30. Juni 2010	Administrateur-Délégué
Dr. Matthias Achilles , Oberursel seit 13. Mai 2010	Administrateur-Délégué
Daniela Obermeier , München bis 12. Mai 2010	Directeur-Délégué

Réviseur Spécial

PricewaterhouseCoopers S.à.r.l.

Hypo Pfandbrief Bank International S.A.
4, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
Tel.: +352 26 41-47 00
Fax: +352 26 41-47 99
info@hpbi.lu
www.hpbi.lu